

16. amtlich gemeldet: Gestern nachmittag verließ die feindliche Flotte den Hafen. Unsere Truppen benutzten die Gelegenheit, die jüngst von den Italienern wegen der Ueberchwemmung gewählte Position Libassi bei Samianna plötzlich anzugreifen. Die Italiener wurden im Bajonettkampf zurückgeworfen. Sie hatten über 400 Tote und Verwundete. 23 Soldaten und ein Offizier wurden gefangen genommen. Wir verloren 120 Mann und erbeuteten 70 Gewehre und Munition. Schöner unsere Sinnen berart vor, daß wir hoffen, die Stadt zu erobern, wenn das nächste Wetter die Flotte andauernd fortbläht. Der Stamm Gweritsch ist heute eingetroffen. Das ermöglicht und, die fast gänzlich zerstörte Stadt von allen Seiten gleichzeitig anzugreifen.

Italiene Schirmhülle.

Konstantinopel, 19. November. Der zweite Abgeordnete von Bagdad, Wasiur Reida, hat gestern hier ein und besuchte den Großvezir und mehrere Minister, denen er mitteilte, die vereinigten Araber und Türken seien stark genug, den Italienern den Weg in das Innere von Tripolis zu verlegen. Die bedürftigen über geistlicher Schirmhülle. Die Geschütze der italienischen Flotte hätten den Türken große Verluste zugefügt, während die italienische Feldartillerie bisher nur sehr wenig ausrichtete. Bei Samianna wurden italienische Truppen gefangen. Bei Saib Pazar, östlich von Tripolis, griffen die vereinigten Türken und Araber zweimal die italienischen Verschanzungen an, die in modernster Technik angelegt und von den neu aus Syrien angelangten Befehlshabern verteidigt wurden. Von Aschir bei Samianna, brangen die Türken und die Quareg und Libas in die Verschanzungen und nahmen vier Maschinengewehre, zwei Geschütze und mehrere Hundert Bauerngewehre. Die Italiener räumten die Schanzen unter Zurücklassung von über hundert Tonnen und vielen Gefangenen. Nachdem die Türken sich in den Verschanzungen festgesetzt hatten, griff die Flotte mit ganzer Kraft der Schiffsbeschütze die vereinigten Türken und Araber an, die einen Verlust von annähernd zweitausend Toten gehabt haben sollen. Die Türken konnten sich unter dem Geschosshagel nicht behaupten und zogen sich in guter Ordnung in ihre früheren Stellungen zurück. — Aus Ägypten gingen 2000 Kamelle mit Proviant nach Tripolis.

Eine italienische Aktion im Archipel.

Konstantinopel, 19. November. Bei ähnlichen dieselben Nachrichten liegen Nachrichten vor, nach denen Italien auf jede maritime Aktion gegen die Dardanellen, Saloniki, Smirna und Beirut verstanden hat, dagegen mit der Aktion im Archipel in der nächsten Woche beginnen wird.

Die Presse und die italienischen Geruch.

Der Hauptvorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse hat in seiner letzten Sitzung eine Erklärung beschlossen, in der es heißt:

„In der italienischen Presse ist gegen die deutschen Kriegsberichterhalter der schwere, bis jetzt unerhörte Vorwurf erhoben worden, daß sie in ihren Berichterstattungen der Ereignisse aus dem tripolitanischen Kriegsschauplatz, soweit sie die italienische Kriegsführung betreffen, für sich nicht sowohl von den Tatsachen, als vielmehr von Rücksichten anderer Art hätten bestimmen lassen. Die italienische Presse hat sich nicht gescheut, offen zu behaupten, daß die deutschen Kriegsberichterhalter ihre für die italienische Kriegsführung abgünstigen Mitteilungen im Interesse von Erbfeindschaften gemacht hätten, um den Rufstand der italienischen Staatsrenten herabzusetzen. Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse legt gegen diese vollkommen wahrheitswidrige, die Ehre der deutschen Kriegsberichterhalter tief verletzende Unterstellung die schärfste Verurteilung aus. Die deutschen Kriegsberichterhalter haben lediglich ihren Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit erfüllt, indem sie jenseits ihrer österreichischen, amerikanischen und namentlich englischen Kollegen gewissenhaft die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz der Wahrheit gemäß zur allgemeinen Kenntnis brachten.“

Deutsches Reich.

Ein fortschrittlicher Wahlausruf.

In den Sonntagnummern der liberalen Presse wird gleichzeitig mit dem nationalliberalen Wahlausruf auch der Wahlausruf der fortschrittlichen Partei veröffentlicht, der es natürlich an einigen wichtigen Stellen gegen die Sozialdemokratie nicht fehlen lassen darf. Er heißt da gleich nach einer kurzen antiformalistischen Einleitung:

„Von der Sozialdemokratie trennen uns grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. Solange sie in schädlicher Kampfform an ihrer politischen und wissenschaftlichen Grundauffassung festhält, als Massenpartei die wirtschaftlichen Gegenstände willkürlich verschärft, den Reichshaushalt mit seinem Kultur- und Verteilungsausgaben ablehnt, wäre ihr Wachstum im Reichstag auf Kosten der Liberalen nur ein Hindernis des Fortschritts. Je größer die Zahl der sozialdemokratischen Mandate, desto größer die Gefahr des Rückfalls, desto näher eine innere Krise, die nur durch die Reaktion zugute kommt.“

Es sind die abgeordneten Rednerarten, mit denen die fortschrittlichen Parteimitglieder sich an ihre Volk wenden. Wir werden es den Volksparteien wirklich nicht übel nehmen, wenn sie klar heraus sagen wollten, was sie von der Sozialdemokratie trennt: die Angst vor dem wachsenden Fortschritt, die Furcht vor einer wirklich demokratischen Entwicklung, die über die kapitalistischen Reaktionen derer im Reichstag und Wiener Kongress gehen würde. Wenn der Aufruf hat dieses offene Bekenntnis aber die Sozialdemokratie mit solchen alten Lügenwörtern, wie der „wirtschaftlichen Verschärfung der wirtschaftlichen Gegenstände“ bombardiert, so ist das schon mehr eine Zerknirschung der Wähler nach Scharfmacherart.

Bei den verschiedenen Wahlgelegenheiten der letzten Zeit, und jüngst wieder bei den Stichwahlen in Hessen, hat sich gezeigt, daß die freiwähligen Wähler der freiwähligen Stichwahlparole meist nur in mangelhaftem Umfang folge leisteten. Das ist kein Wunder, denn auch die neueste „fortschrittliche“ Parteiausstattung zeigt, daß sich die freiwähligen Parteimitglieder im Kampfe gegen links wohl fühlen als gegen rechts.

Flotte in Sicht!

Das Berliner Tageblatt meldet:

Das Nachrichtenbureau des Reichsmarineministers bereitet sich für eine verstärkte Interaktivität vor, die allem Anschein nach mit der eben so oft demontierten wie angestrebten Flottenparade im nächsten Sommer verbunden ist. Dieser waren zum Nachrichtenbureau nur drei Geschwader kommandiert, jetzt sind noch zwei weitere zur Dienstleistung kommandiert worden, so daß zur Dauer dieses Winters fünf Marinegeschwader im Nachrichtenbureau ihre Tätigkeit zu entwickeln haben.

Die ersten Spuren dieser Flottenpropaganda sind in der Presse bereits zu finden. So weiß die Nlt.-pol. Korrespondenz zu melden, daß man im Reichsmarineministerium den Wünschen nach verstärkter Flottenrüstung durch aus sympathisch gegenüber stehe. Allerdings werde man kaum ein neues Flottengeleß einbringen, sondern einen anderen

Weg wählen, worüber die Erwägungen noch im Gange seien. So legt die deutsche Flottenpolitik verknüpft dem Weltkrieg entgegen, der die Folge des endlosen Weistritts sein muß.

Staatsbürgerliche Bevorzugung der katholischen Geistlichkeit.

Papst Pius X. hat abermals ein Motu proprio erlassen, das zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Grenzen von Staats- und Kirchenrecht führen dürfte. Dieses Motu proprio vom 9. Oktober d. J., das im päpstlichen Amtsblatt vom 12. November veröffentlicht wird, verbietet bei Strafe der Exkommunikation, Geistliche ohne Einwilligung der kirchlichen Behörden vor einen weltlichen Richter zu stellen.

Die Bulle „Apostolicae Sedis“, an die Papst Pius X. anknüpft, ist vom Papst des Kulturkampfes, Pius IX., erlassen, aber dahin ausgelegt worden, daß die Exkommunikation nur die Geschlechter treffen sollte, die Gesetze erlassen, auf Grund derer ein Privatmann einen Geistlichen gerichtlich befangen kann. Das neue Motu proprio hebt diese Beschränkung auf und bedroht jeden Katholiken mit der schwersten kirchlichen Maßregel, der ohne Urteilnis der kirchlichen Behörden einen Geistlichen in Straf- oder Zivilangelegenheiten vor den weltlichen Richter zitiert. In seiner Begründung bezeichnet es ausdrücklich, daß in dieser schlechten Welt immer häufiger vorkommende Jünger von Geistlichen, gar von Bischöfen und Kardinalen vor den weltlichen Richter als „gottlästerliche Rissetat“, der die höchste Kirchenstrafe der Bann auf dem Fuße folgen soll.

Durch diese päpstliche Verfügung wird in rein katholischen Gegenden, in denen die Exkommunikation noch als ein Akt gesellschaftlicher Achtung empfunden wird, die gerichtliche Verfolgung eines Geistlichen tatsächlich von der Zustimmung der kirchlichen Behörde abhängig gemacht. Auf diese Weise wird versucht, für die Geistlichen wieder einen eigenen Gerichtsstand herzustellen und die Kirche als wirklichen „Staat im Staat“ zu organisieren.

Von sozialdemokratischem Standpunkt aus kann nichts dagegen eingewendet werden, daß sich eine Gemeinschaft ihre eigenen Satzungen gibt. Auch das Motu proprio des Papstes wird nur für die Geltung haben, die es respektieren wollen und den Kirchenbau fürchten. Allerdings bedeutet andererseits die Anerkennung dieser päpstlichen Verfügung eine weitgehende Einschränkung der staatsbürgerlichen Freiheit für jene gläubigen Katholiken, die in die Lage kommen, einem Geistlichen als Prozeßpartei gegenüberzutreten zu müssen. Darum ist es selbstverständlich, daß ein solcher Verzicht auf staatsbürgerliche Rechte nur in vollster Freiwilligkeit erfolgen darf. Wenn, wie es in Deutschland geschieht, die staatliche Zwangsgewalt die Kinder in den konfessionellen Unterricht preßt und die Kirche durch Zuwendung aus öffentlichen Mitteln unterstützt, so verwandelt sie damit die Freiwilligkeit der konfessionellen Zusammengehörigkeit zum unerträglichen Zwang.

Die Sozialdemokratie läßt der Kirche wie jeder freiwilligen Gemeinschaft jede Freiheit. Aber die Gemeinschaft soll wirklich freiwillig sein, nicht durch staatlichen Zwang zusammengehalten werden. Die Sozialdemokratie fordert Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit, damit der Staat nicht der Mittel einer Macht sei, der, wie das neueste Motu proprio des Papstes wieder einmal mit handgreiflicher Deutlichkeit zeigt, stets das Verbrechen inne wohnt, sich schließlich selber über den Staat zu stellen.

Schiffahrtsabgaben und Gewerbeordnungsnovelle.

Der Reichstag hielt am Sonnabend eine lange Sitzung ab. Zunächst wurden die Schiffahrtsabgaben erledigt bis auf einige Paragraphen, deren Ausfertigung Gothein angeht, der außerordentlich schlechten Befehung des Hauses mit Recht durchsetzte. Die Verträge, die unsere Genossen David und Stolte, zum Teil unterstützt durch Liberale, machten, Verbesserungen zugunsten der Konumenten und des Mittelstandes im Schiffergewerbe durchzusetzen, scheiterten an dem schwarzbauen Block, der alles ablehnte, sich aber Überlegungen sparte. Nur der Zentrumsmann Dr. Pfeiffer redete und tempelte den Nationalliberalen Schmidt-Konstantz an. Inzwischen wurde der angreifliche Zentrumsmann von Herrn Schmidt und dem diesem zu Hilfe eilenden Gothein so übel zugerichtet, daß er es vorzog, sich nunmehr auch der schwarzbauen Banzenantik des Schweigens anzuschließen.

Den letzten Teil der Sitzung bildete die Beratung der in der Kommission gründlich verhandelten kleinen Gewerbeordnungsnovelle aus. Auch hier blieben alle unsere Verträge, die Berücksichtigungsmöglichkeiten rückgängig zu machen und Verbesserungen durchzusetzen, erfolglos. Vergebens bewiesen die Genossen Bebel, Wollenbuhr, Stadthagen, Robert Schmidt, Albrecht, daß unsere Verträge nur dem entsprechenden, was die bürgerliche Sozialpolitik und speziell das Zentrum immer verlangt haben. Die Konfuzierten und die Gescheiterten, der evangelische Bundesmann und Licentiate Überling aus Sachsen und die katholischen sozialpolitischen Leuchten Fleischer und Pieper kämpften Arm in Arm gegen jede Sozialpolitik. — Die nächste Sitzung findet erst am 27. November statt. Koloniale Bahnen, das Hausarbeits- und Vorklassengesetz stehen darauf.

Ärztung unter den Unterbeamten.

C. B. Berlin, 19. November 1911.

Die Unterbeamten der deutschen Staaten und des Reiches sind in einer sehr großen Anzahl von Vereinen und Verbänden organisiert. Der größte dieser Verbände ist der der Postunterbeamten, der sich erst nach schweren Kämpfen und unter schlimmen Verfolgungen durchgesetzt hat. Heute vormittag veranstalteten nun alle diese Verbände gemeinsam eine große Demonstration gegen die Teuerung und für ihre Forderungen, den ersten deutschen Unterbeamtenstag. In Tausenden kamen die Unterbeamten in den Reichshallen der Reichen Welt zusammen. Mehrere Ministerien und der Polizeipräsident von Berlin, Herr v. Jagow, hatten den ihnen unterstellten Beamten den Besuch der Versammlung verboten. Die Post hatte die Unterbeamten in solchen Massen zusammengeführt, so führte der Vorhaben Kreisdenkreuz aus. Leider die Teuerung referierte der Chefredakteur der Berliner Zeitung Deutsche Nachrichten, die gern das Organ der Beamten sein möchte. Er bezeichnete die Teuerung als eine Folge der herrschenden Wirtschaftspolitik und fand die Haltung der Regierung in den Teuerungsbekämpfen des Reichstags höchst bedauerlich. Daraus, daß sie alle Schuld auf den Dabbel schiebt und selbst nichts zur Abhilfe tun will, muß die Enttrennung zwischen den Oberen und den Unteren wachsen. Man entrüstet sich, wenn die Beamten sozialdemokratisch wählen. Unser Grundgesetz ist, daß sie das nicht tun dürfen, aber besser, als sich entrüsten, wäre es, die Ursachen zu beheben. (Sturm. Weill.) Bei einem Volk von 65 Millionen dürfen nicht 25.000 Geringverdiener das Recht vornehm abzugeben. Der Reform wachte sich dann scharf gegen Einfuhrzölle, Uebesgaben und Grenzsperrzölle; das führen einen Kampf ums Leben; Recht soll Recht bleiben!

(Braunauer, anhaltender Beifall). — Der alte Referent, Reichsbeamter, einer der Gründer der Postbeamtenorganisation, meinte, daß das Verarmungsbedeutend um so unklarer ist, als der Lärm der Vereinheitlichung der Wünsche der Unterbeamten und damit einer Vereinfachung diene. Auf der Lausung und soll unterbrochen, begründete der Redner eine Resolution, die Teuerungszulagen, Erhöhung des Wohnungsgebührensatzes, die Abschaffung von Restgarantien gegen ungerechtfertigte Entlassung und schließlich geistliche Festlegung der Arbeitszeit der Unterbeamten forderte. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Wert ist der demonstrative Beifall, den der fortschrittliche Landtagsabgeordnete Dr. Runge fand, als er erklärte, solange das letzte Wahlrecht in Preußen bestche, sei durchgreifende Verbesserung zu erwarten. Die Stimmung in der Reichshalle war höchst feierlich. Unter Beifall auf die Einigkeit der Unterbeamten gingen die Tausende auseinander.

Die Bürgerstiftungen in Lübeck.

Am Freitag stattfanden und deren Resultat wir bereits kurz gemeldet hatten, endigten mit einem Siege der demokratischen Kandidaten in der zweiten Wählerklasse (Kategorie mit einem Einkommen unter 2000 M.). Es erhielten Stimmern: Braun (Soz.) 942 (1900: 607), Gegner 298 (Soz.) 1344 (1270), Gegner 248 (236). Papa (Soz.) 940 (885), Gegner 285 (285). Reichstagsabgeordneter Wählerklasse haben sich unsere Stimmen nicht unmerklich vermehrt, trotzdem hier nur Bürger mit über 2000 M. Einkommen wählen können. Bemerkenswert ist, daß einer der Hauptführer des in Lübeck herrschenden Minges, der Sohn verarmt einer der größten Kautschukfabrikanten der Provinz wurde, verneinte sich unsere Stimmenzahl in der vierten Wählerklasse auf 9 auf 50; trotzdem siegte hier der Gegner, der dritten Abteilung erhielten wir selbst von den 7000 eine Stimmen. Im allgemeinen kann die Lübecker Sozialdemokratie mit dem Ausgang dieser Wahlen sehr zufrieden sein. Sie sind ein gutes Beispiel für den 12. Januar 1912.

Kaiserliches Polizeirecht gegen die Arbeiterjugend.

Das Kaiserliche Polizeireglement, das kürzlich erst ausgiebig den Reichstag beschlittigte, hat eine gerichtliche Verurteilung erhalten. Der Kommissar Commer, der vorwiegenden Gegenwart der Kinder in den Reichstagen war, hatte dem zu Pflichten im Volkstum zu Hilfe abgehaltene Jugendling für den Reglerungsbedarf in die Fabrik und mit Gewalt sprengen lassen, weil nach seiner Ansicht der Redner, Genosse Max Peters, davon, schon in den Tagen seiner Begründungsansprüche „politisch“ geredet haben würde. Der Kommissar ließ die Jugendlichen nicht nur aus dem Saal hinaus, sondern hat auch noch zehn Schulleute in die unpolite Verhalten hineingeworfen und den Pfeilerer Wötte zurückhand verhaften lassen. Genosse Peters wurde von drei Schulleuten am Beiderdort gehindert, von der Rednertribüne herabgezerrt und zur Polizeistätte gebracht.

Die Strafkammer hatte sich mit der gegen Peters gerichteten Anklage wegen öffentlicher Aufzorderung zum Ungehorsam zu beschäftigen. Genosse Peters sollte die Jugendlichen, nachdem der Kommissar ihre Hinausweisung verfügt hatte, zum Eigenleben aufgefordert haben. Vier Jungen bekundeten aber, daß Kommissar mehr die durch das Verhalten des Kommissars in Erregung gesetzte Versammlung zur Ruhe gemahnt habe. Bei der Unterbrechung der Frage, warum der Kommissar die Rede für politisch hielt, führte heraus, daß in den Polizeibehörden aus einem Briefe verbal das Wort „Freiheit“ und aus Peters' Begründungswort jenseits des Wort „Befreiung“ notiert war. Da auch nach der „Freiheit“, „Volk“ und „Recht“ die Rede war, hielt der Kommissar die Rede für politisch. Nun stellte sich aber vor Gericht heraus, daß Kommissar als Einleitung seiner Rede ein Beispiel aus der Bibel verwendet und dabei von der Befreiung des jüdischen Volkes aus ägyptischer Anrechtsschuld gesprochen hatte. Das hatten die überwachenden Beamten absolut überhört oder nicht begriffen.

Das Gericht erklärte, daß die Rede des Anwesenden nicht politisch war. Wenn auch die Veranstaltung von sozialdemokratischen Versammlungen eine politische Angelegenheit sei, so brauchte sie deshalb nicht politisch zu sein. Sie hielt sich vielmehr im Rahmen der gerechten Unterbrechung. Die Hinausweisung der Jugendlichen war deshalb als Unrecht erfolgt, und der Angeklagte sei also, auch wenn er zum Eigenleben aufgefordert hätte, freizusprechen.

Ob die Kaiserliche Polizei hieraus eine Lehre ziehen wird?

Der Reichstagswahltermin verschoben?

München, 18. November. Das Münchner Referat für die Wahlen des bayerischen Reichstags veröffentliche die liberalen die Mitteilung, daß der Termin für die Reichstagswahlen am 12. Januar nicht mehr feststeht, daß vielmehr die Reichstagswahlen auf den 18. Januar hinausgeschoben worden sind, weil das Schicksal der Abtretungsgesetze zur endgültigen Entscheidung gelangen soll und dadurch eine Vergrößerung der Auflösung des Reichstags eintreten dürfte. Der Leipziger Tagblatt wird hierzu von seinem Berliner Vertreter telegraphiert:

Die von München aus verbreitete Meldung, daß der Termin der Reichstagswahlen verschoben worden sei, wird an anderer Berliner Stelle als unklar bestritten. Es heißt vielmehr bei dem dem Seniorenfondem mitgeteilten Termin vom 12. Januar.

Ausland.

England.

Ein konservativer Angriff auf die liberale Regierung. London, 18. November. Eine Rede, die sowohl in England als auch in Deutschland bemerkt zu werden verdient, hielt gestern der konservative Parlamentarier Kapitän A. W. Haber gegen eigentlich eines offiziellen Festessens in London. Zur Zeit der schmerzlichen Kämpfe — sagte er — welche die Parolle-Unterhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich begleitete, war das liberale Kabinet geteilt in seiner Ansicht, ob England es mit Frankreich halten sollte oder nicht. Lloyd George und Winston Churchill stellten sich ehrllich auf die Seite Frankreichs. Diese beiden Männer waren damit, daß England seinem Vertrage gemäß Frankreich unterstützen müsse. Viele Leute würden nicht gerne hören, was er über die Armee und Marine zu sagen habe, auf Grund der besten Autorität könne er jedoch mitteilen, was in jener schweren Zeit tatsächlich geschehen sei: im kritischen Augenblicke zeigte es sich, daß die Flotte in drei Teilen ausgebrochen war, von denen einer südlich von Irland, der andere in der Nähe von Irland, und der dritte um Nordsee von Schottland weilte. Die deutsche Flotte hatte man gegen den Augen verloren, niemand wußte, wo sie war. Sie grüßte wieder, lag darin, daß das Kabinet nicht wußte, was vor sich ging, und daß die deutsche Flotte die drei Teile unserer Flotte überfallen und sie einzeln schlagen konnte, aber es waren noch andere Gefahren vorhanden, die man sie auch morgen verfechten. Der Admiral eines Teiles der Flotte wußte, daß wir vor dem Ausbruch eines Krieges standen. Er schickte einen Offizier, um dem Kommandanten der Flotte, die das Schicksal einen Offizier, in dem sich keine Flotte aufhielt, und ließ anfragen, ob die Flotte unter dem Schutze der Festungsbatterien sicher sei.